

Konzept der
Rede der Ministerin für Schule und Weiterbildung
Barbara Sommer
auf der Jahrestagung der Westfälischen Direktorenkonferenz am 28.11.05 in Hamm

Anrede,

zunächst möchte ich Ihnen für die Einladung zu Ihrer Jahrestagung danken. Ich freue mich, dass ich die Gelegenheit habe, Ihnen meine bildungspolitischen Leitvorstellungen vorstellen zu können.

Über konstruktive und bisweilen auch kritische Mitstreiter freue ich mich. Denn nur in einer gemeinsamen Anstrengung wird es uns gelingen, die desolote Situation im Bildungswesen unseres Landes zu überwinden.

Vor einigen Tagen sind uns die Detailergebnisse der Ergänzungsstudie zu PISA 2003 vorgestellt worden – der so genannte Ländervergleich: Die Ergebnisse waren ernüchternd.

Sie sind zurückzuführen auf eine verfehlte Bildungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte: Zu einem Zeitpunkt, als andere Staaten und auch andere Bundesländer bereits tief greifende Reformen im Bildungswesen durchgeführt haben, wurden in Nordrhein-Westfalen die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Im Ergebnis stagnieren die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in fast allen untersuchten Bereichen. Zum Bundesland Bayern gibt es durchgängig einen Rückstand von fast einem Jahr Lernzeit.

In Mathematik erreicht Nordrhein-Westfalen sogar nur den 14. Platz im Vergleich der Bundesländer.

Allein in den Naturwissenschaften gibt es eine leichte Leistungssteigerung. Allerdings haben neun andere Bundesländer einen größeren Leistungszuwachs erzielen können, so dass Nordrhein-Westfalen im Ergebnis weiter hinter die anderen Länder zurückfällt.

Erfahrungsgemäß liegen die Leistungen in den Gymnasien - wie schon bei PISA 2000 - über dem Landesdurchschnitt. Allerdings wird auch an den Gymnasien in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften der bundesdeutsche Durchschnittswert nicht erreicht.

Festzustellen ist ferner, dass in den Gymnasien die Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen deutlich geringer ausfallen als in anderen Schulformen. Dennoch muss auch in

dieser Schulform zukünftig für bessere Rahmenbedingungen gesorgt werden.

Zu den unbefriedigenden Leistungsergebnissen kommt eine weitere Tatsache, die wir auf keinen Fall akzeptieren können: Die Abhängigkeit der Leistung eines Kindes von seiner sozialen Herkunft ist in Nordrhein-Westfalen besonders hoch. Für Kinder aus den oberen sozialen Schichten besteht in Nordrhein-Westfalen eine um mehr als 4 mal höhere Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen als für Kinder aus unteren sozialen Schichten: Auch hier muss sich etwas ändern.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass die Ursache für diese "Bildungsschere" nicht allein von Einkommensunterschieden abhängt: Auch die Einstellung zur Bildung spielt eine wichtige Rolle.

Auf ein weiteres Ergebnis der PISA-Studie möchte ich ebenfalls hinweisen: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in den zwei Wochen vor der Erhebung mindestens einmal zu spät zum Unterricht erschienen sind, liegt in Nordrhein-Westfalen mit 23 Prozent und bei den Gymnasien mit 21 Prozent zwar im Durchschnitt der Bundesländer. Er ist mir dennoch viel zu hoch!

Dieser Anteil ist auch ein Indikator für das Schulklima und die Bildungsmotivation. Hier meine ich, dass wir eine stärkere Unterstützung der Eltern benötigen:

Nur gemeinsam können wir erreichen, dass sich das Schulklima zukünftig durch mehr Leistungsfreundlichkeit auszeichnet!

Leistungsergebnisse im unteren Durchschnitt und die Frage der Bildungsgerechtigkeit sind eine alarmierende Bilanz der PISA-Studie für unser Land. Das kann und werde ich nicht hinnehmen!

Die Studie unterstreicht deutlich die Notwendigkeit von individueller Förderung als Bestandteil der Unterrichtsentwicklung in allen Schulformen.

Nur wenn alle am Schulleben Beteiligten dieses Ziel im Auge behalten, lässt sich das Ergebnis Nordrhein-Westfalens zukünftig deutlich verbessern. Die Landesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten.

Wir haben hier ein umfassendes Reformkonzept vorgelegt und erste Maßnahmen daraus bereits in den ersten Monaten unserer Amtszeit umgesetzt.

[Mehr und verlässlichen Unterricht]

Der Unterricht ist das A und O. Nur guter Unterricht bietet die Chance, Verbesserungen zu erzielen. Deshalb muss der Unterricht, der vorgesehen ist, auch stattfinden — und zwar qualifiziert. Der Unterrichtsausfall an unseren Schulen ist daher für alle Beteiligten besonders ärgerlich. Unser erstes Ziel ist es, mehr und verlässlichen Unterricht anzubieten.

Wir haben darüber nicht nur diskutiert, sondern in den ersten Wochen nach der Amtsübernahme konkret und zügig gehandelt.

Zum Schuljahresbeginn konnten bereits 977 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen gebracht werden. Nach den Herbstferien waren es einschließlich teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte rund 1.040 Lehrerinnen und Lehrer, die bereits zu einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung beitragen.

Zusätzlich wurden sofort weitere 20 Millionen Euro für Vertretungsunterricht bereitgestellt: Die alte Landesregierung hatte diese Mittel noch um 10 Millionen Euro gekürzt, weshalb Ende Oktober kein Geld mehr für Vertretungsunterricht vorhanden gewesen wäre. Diese 20 Millionen Euro entsprechen für den Zeitraum von August bis Dezember dieses Jahres dem Gegenwert von weiteren 1.000 Stellen.

An den Gymnasien können wir sofort zum Jahresbeginn weitere 200 Lehrerstellen neu besetzen. Diese Stellen werden vor allem zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in Mangelfächern bereitgestellt. Sie waren von der alten Landesregierung bis zum Jahresende gesperrt worden und werden nun wieder ihrem eigentlichen Zweck zugeführt.

Trotz einer schwerwiegenden Belastung des Haushalts werden wir auch weiterhin der Bildungspolitik Priorität einräumen. Bis zum Jahr 2010 werden wir weitere 3.000 zusätzliche Lehrerstellen schaffen.

Damit leisten wir einen ganz zentralen Beitrag zur Verminderung des Unterrichtsausfalls. Ich habe kurz nach meinem Amtsantritt im Ministerium zusätzlich eine Projektgruppe zur Verhinderung des Unterrichtsausfalls eingerichtet.

Sie soll weitere Vorschläge zu dieser Problematik vorlegen. Eine weitere Projektgruppe verfolgt das Ziel, die Schulen deutlich von Bürokratie zu entlasten.

Dabei soll der Verwaltungsaufwand für die Lehrkräfte reduziert werden, damit sie wieder mehr Zeit für die Erteilung von Unterricht haben. Mit der Vereinfachung der Schulprogrammarbeit haben wir hier bereits einen ersten Schritt getan.

Sie wissen, dass es in einigen Verbänden große Unruhe gibt: Ich möchte nämlich dafür sorgen, dass für die Durchführung von Elternsprechtagen, Fortbildungen und Betriebsausflügen kein Unterricht ausfällt.

Das Ganze ist für mich ein Geben und Nehmen: Das Land unternimmt trotz angespannter Haushaltslage eine enorme finanzielle Kraftanstrengung zur Bereitstellung zusätzlicher Lehrkräfte. Im Gegenzug erwarte ich von den Schulen und allen am Schulleben Beteiligten, dass auch sie ihren Beitrag leisten: Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sollen sie die Verantwortung dafür übernehmen, dass kein weiterer Unterricht ausfällt.

PISA hat eindeutig gezeigt, dass es uns bisher nicht hinreichend gelungen ist, die Vielfalt und die individuellen Begabungen von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei die Leistungsschwächeren, aber auch die Leistungsspitzen dürfen nicht vergessen werden.

Hier müssen wir eindeutig besser werden, wenn wir internationales Spitzenniveau erreichen wollen.

Derzeit arbeitet mein Haus an den Vorschlägen für eine Novellierung des Schulgesetzes. Die Novelle soll bereits zum nächsten Schuljahr in Kraft treten. Damit wollen wir insbesondere die Grundlagen für die individuelle Förderung verbessern.

Wir legen damit auch die Grundlage für Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur. Die genaue Ausgestaltung wird zurzeit noch abgestimmt. Daher möchte ich an dieser Stelle nicht auf einzelne Modelle im Detail eingehen.

Ich sichere Ihnen aber zu, dass wir auch in dieser Frage auf den Sachverstand und die Meinung der Schulleitungen, der Lehrkräfte sowie der Eltern am Gymnasium nicht verzichten wollen.

Eine Entscheidung haben wir bereits getroffen und davon möchte ich auch auf keinen Fall abrücken: Wir werden sicherstellen, dass das Abitur nach 12 Jahren ohne Qualitätsverlust erreicht wird. Dabei werden wir dafür sorgen, dass sich alle betroffenen Schulformen den gleichen Bedingungen stellen müssen.

Wir brauchen klare und vergleichbare Leistungsstandards, die auch überprüfbar sind. Im Jahr 2007 werden wir erstmals das Zentralabitur durchführen.

Wir werden dann auch in den zehnten Klassen aller Schulformen zentrale Leistungsüberprüfungen in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch oder alternativ einer anderen ab Klasse 5 unterrichteten Fremdsprache durchführen.

Ich weiß, dass diese Absicht gerade an den Gymnasien zu heftigen Diskussionen geführt hat.

Lassen Sie mich Ihnen aber versichern, dass das Gymnasium als integraler Bildungsgang verstanden wird, der nicht aufgeteilt in die Sekundarstufe 1 und II betrachtet werden soll.

Gleichzeitig wird am Ende der Sekundarstufe 1 auch der Mittlere Schulabschluss vergeben. Es wäre schwer zu begründen, warum gute Schülerinnen und Schüler, z.B. an Realschulen, an den Leistungsüberprüfungen teilnehmen müssen, Schüler an Gymnasien hingegen nicht.

Die Entscheidung über die Versetzung in die Jahrgangsstufe 11 des Gymnasiums fällt ja wie bisher auf Grund der am Ende der Klasse 10 erteilten Noten, für die diese Überprüfungen nur einen Teilaspekt liefern.

Dabei werden neben der Überprüfung von Basiskonntnissen natürlich für das Gymnasium geeignete Aufgaben gestellt.

Aber wir werden noch mehr tun, um die Förderung zu verbessern:

Ich nenne hier zum Beispiel die Grundschulempfehlung. Meiner Meinung nach hat sie sich in der bisherigen Form nicht bewährt.

Ich will keine generelle Aufnahmeprüfung für die weiterführenden Schulen. Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass die Grundschullehrerinnen und -lehrer sehr gut einschätzen können, welche Schule für das Kind die richtige ist:

Deshalb möchte ich deren Empfehlung verbindlicher machen als das bisher der Fall ist: Ich möchte erreichen, dass die Zahl der Kinder geringer wird, die auf den falschen Schulen landen und bei denen diese Fehlentscheidungen zu Misserfolgserlebnissen beim schulischen Lernen insgesamt führen.

Wenn wir individuell fördern wollen, müssen wir früher mit dem Lernen und der Förderung beginnen.

Das ist der beste Weg, sozialer Ungerechtigkeit frühzeitig entgegenzuwirken und Chancengerechtigkeit zu fördern. Wir werden deshalb schrittweise das Einschulungsalter senken, damit keine wertvolle Lern- und Förderzeit verloren geht.

Ein besonderes Anliegen ist die Sprachförderung. Diese müssen wir so früh wie möglich angehen: nämlich schon bei den Vierjährigen. Dabei hoffe ich, dass wir einen Weg finden, diese Sprachförderung so verbindlich wie möglich zu gestalten. So kann dafür gesorgt werden, dass Kinder mit Sprachdefiziten auch tatsächlich in den Genuss von Sprachförderkursen vor der Einschulung kommen.

Darüber hinaus werden wir es ermöglichen, dass alle Schülerinnen und Schüler bereits ab der ersten Klasse eine Fremdsprache systematisch erlernen können.

Wie Sie wissen, habe ich auch die Entscheidung der alten Landesregierung über den Wegfall der Halbjahreszeugnisse in Klasse 3 korrigiert:

Die Halbjahreszeugnisse in Klasse 3 bleiben an den nordrhein-westfälischen Grundschulen erhalten. Die Änderungsverordnung ist zum 1.8.2005 in Kraft getreten:

Eltern haben ein Recht auf eine regelmäßige, verlässliche und verbindliche Rückmeldung über die Leistungen ihres Kindes. Und dem verschaffen wir Geltung!

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen weiteren Schwerpunkt unserer Politik kurz darstellen. Wir wollen, dass die Schulen zukünftig selbstständiger und eigenverantwortlicher handeln.

Sie sollen ihr eigenes pädagogisches Profil entwickeln können und den Unterricht und das Schulleben weitgehend selbst gestalten.

Der Staat beschränkt sich dabei auf die Vorgabe von Standards, Lernzielen und Rahmenvorgaben. In dem vorgegebenen Rahmen sollen die Schulen dann für ihre Arbeit selbst verantwortlich sein.

Wir wollen, dass Schulleiterinnen und Schulleiter Dienstvorgesetzte der an der Schule beschäftigten Lehrkräfte werden. Wir sind überzeugt, dass die Eigenverantwortung der Schulen das Engagement und die Kreativität fördert.

Zur Übernahme von mehr Verantwortung gehört natürlich auch, dass die Betroffenen entsprechend qualifiziert werden.

Zur Eigenverantwortung gehört aber ebenso Transparenz über die Leistungsfähigkeit der Schulen.

Daher wollen wir zukünftig die Ergebnisse zentraler Abschlussprüfungen und der internen wie externen Evaluation schulischer Arbeit veröffentlichen:

Wir erhoffen uns davon zum einen mehr Transparenz für die Eltern bei der Schulwahl. Zugleich erwarten wir mehr Anreize im Qualitätswettbewerb unter den Schulen.

[Schluss]

Mit diesem umfangreichen Programm wollen wir das auf holen, was andere Länder bereits vor uns getan und womit sie gute Erfahrungen gesammelt haben. Dieser Prozess ist aufwän-

dig und erfordert einen langen Atem. Dabei baue ich auf die Mitwirkung aller am Schulleben Beteiligten.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen und wünsche Ihrer Tagung einen guten Verlauf gemäß meinem Leitspruch: Das Maß aller Dinge ist das Wohl der Kinder und Jugendlichen.

Vielen Dank.